

Haftung für den Klimawandel: Eine unzumutbare wirtschaftliche Katastrophe

geschrieben von Chris Frey | 18. Mai 2025

[Jason Scott Johnston](#)

Kürzlich reichte die Trump-Regierung Klagen ein, um die Bemühungen einiger Bundesstaaten zu stoppen, die Unternehmen für ihre früheren Treibhausgas-Emissionen haftbar zu machen. Es wird wahrscheinlich einige Jahre dauern, bis diese Klagen entschieden sind. Schon jetzt ist klar, welche schwerwiegenden und sinnlosen wirtschaftlichen Folgen es haben wird, wenn es den Staaten erlaubt wird, Unternehmen für ihre rechtmäßige Produktion in der Vergangenheit zu bestrafen.

Die Staaten verhängen solche Strafen auf zwei Arten. Der erste Weg ist die Klage wegen unerlaubter Handlungen nach dem Gewohnheitsrecht. In einigen dieser Klagen wird behauptet, dass frühere Treibhausgasemissionen aus der Öl- und Gasförderung ein öffentliches Ärgernis darstellen. In anderen Fällen behaupten die Staaten, dass die Unternehmen für fossile Brennstoffe die Verbraucher über die potenziell schädlichen Folgen solcher Emissionen belogen haben. Der zweite Weg, auf dem die Staaten versuchen, die Unternehmen der fossilen Energiewirtschaft zu bestrafen, sind die so genannten „Climate Superfund“-Gesetze. Solche Gesetze, die bereits in New York und Vermont erlassen wurden und in Staaten wie Maryland und Kalifornien kurz vor der Verabschiedung stehen, machen fossile Brennstoffe herstellende Unternehmen für die angeblichen Kosten vergangener Treibhausgasemissionen mitverantwortlich. Das New Yorker Gesetz legt einfach einen willkürlichen Betrag von 75 Milliarden Dollar fest, den die Unternehmen der fossilen Energiewirtschaft zahlen müssen, wobei jedes Unternehmen einen Anteil zahlt, der seinem Anteil an den Treibhausgasemissionen der Branche im Zeitraum 2000-2018 entspricht. Nach dem Gesetz von Vermont haften die Hersteller, ebenfalls entsprechend ihrem Anteil an den Emissionen, für eine praktisch unbegrenzte Anzahl von Ausgaben – von neuen Straßen und Brücken bis hin zur „präventiven Gesundheitsversorgung“ -, die Vermont zur Bewältigung der durch die Emissionen der Hersteller fossiler Brennstoffe im Zeitraum 1995-2004 verursachten Schäden des Klimawandels tätigt.

Wenn eine große Anzahl von Staaten ähnliche Gesetze wie in New York und Vermont erlassen würde, könnten die Unternehmen für fossile Brennstoffe mit einer Haftung in Höhe von Billionen von Dollar für die vergangene Produktion konfrontiert werden. Diese Gesetze führen eine neue Form der Haftung ein, die bisher in der Gesetzgebung praktisch unbekannt war, nämlich die Haftung für kumulierte Emissionen in der Vergangenheit. Wie

ich in einer kürzlich veröffentlichten, von Fachleuten begutachteten Analyse zeige, wird eine solche kumulative Haftung – de facto Geldstrafen für frühere Emissionen – die gegenwärtige und künftige Produktion fossiler Brennstoffe stark einschränken. Die Verringerung des Angebots erfolgt über zwei Wege. Der erste Weg besteht darin, dass die kumulative Haftung zur Stilllegung einiger derzeit produzierender Felder führen wird. Die kumulative Haftung wird die Produzenten veranlassen, einige (in der Regel ältere) Bohrlöcher zu schließen, denn je länger ein Öl- oder Gasfeld in Produktion ist, desto größer ist seine kumulative Produktion und damit die Haftung, aber desto geringer ist der gegenwärtige Wert des im Boden verbleibenden Öls und Gases. Letztendlich muss die Haftung für die kumulierte vergangene Produktion (und die Emissionen) größer sein als der Gegenwartswert des verbleibenden, nicht geförderten Öls und Gases, was bedeutet, dass ein Feld einen negativen Nettowert hat und geschlossen werden sollte. Dies gilt selbst dann, wenn der Preis pro Barrel höher ist als die Schäden pro Barrel. Nach meinen groben Berechnungen könnte die Auferlegung einer kumulativen Haftung selbst bei einem relativ niedrigen Schadensniveau pro Barrel dazu führen, dass ein erheblicher Teil der Felder im Permian Basin zu solchen negativen Werten wird.

Die Aussicht auf eine künftige kumulative Haftung wird auch das Öl- und Gasangebot verringern, veranlasst diese doch die Unternehmen dazu, das Bohren neuer Bohrlöcher zu verschieben. Der Grund dafür ist, dass die Kosten für die Verzögerung von Bohrungen – die Verzögerung bei der Erzielung von Nettoeinnahmen – geringer sind, wenn ein potenziell großer Teil dieser Einnahmen für die Zahlung von Superfund-Klima- oder Common Law-Schäden abgezweigt wird.

Entscheidend ist, dass die Schließung von Feldern und die Verzögerung von Bohrungen Angebotsschocks sind, die sich nur auf das Angebot von Unternehmen auswirken, die tatsächlich Gegenstand von staatlichen Schadenersatzklagen oder „Climate Superfund“-Gesetzen sind. Dies sind in erster Linie die US-Produzenten. Die meisten Schätzungen gehen jedoch davon aus, dass sich über 70 % der weltweiten Öl- und Gasreserven im Besitz und unter der Kontrolle von OPEC+-Ländern wie Saudi-Arabien und Russland befinden. Staatliche oder staatlich kontrollierte Unternehmen, die in diesen Ländern fossile Brennstoffe fördern, werden wahrscheinlich in Bezug auf die Haftung für unerlaubte Handlungen und den Klima-Superfund völlig unanfechtbar sein. Diese Haftung wird vollständig von den US-amerikanischen (und möglicherweise auch den europäischen) Produzenten getragen werden. Noch schlimmer ist, dass die von den Bundesstaaten verabschiedeten Deliktstheorien und Klima-Superfund-Gesetze eine gesamtschuldnerische Haftung vorsehen – das heißt, dass die Beklagten, die vor Gericht verurteilt werden können, gemeinsam für alle Geldstrafen oder Schäden verantwortlich sind. Da die Haftung gesamtschuldnerisch ist, sind die US-Produzenten potenziell für Schäden haftbar, die durch die gesamten Treibhausgasemissionen der Vergangenheit verursacht wurden, sogar für Emissionen aus der Produktion von OPEC+-Mitgliedern. In der Tat verschaffen die Klima-Deliktshaftung und die

Klima-Superfund-Gesetze den OPEC+-Produzenten einen neuen Wettbewerbsvorteil durch die Steigerung der Produktion – durch diese senken sie nicht nur den Weltmarktpreis, sondern erhöhen auch die potenzielle Haftung der US-Produzenten.

Die Produktion fossiler Brennstoffe in den USA, insbesondere im Permian Basin, hat die Fähigkeit der OPEC+ stark eingeschränkt, die Öl- und Gaspreise zu erhöhen. Eine Verringerung dieses Angebots in den USA, die durch bundesstaatliche Klima-Schadensersatzklagen und bundesstaatliche Klima-Superfund-Gesetze verursacht wird, kann daher sowohl zu höheren US-Preisen als auch zu einer stärkeren Abhängigkeit der USA vom OPEC+-Angebot führen, ohne dass sich dies nennenswert auf die weltweite Produktion fossiler Brennstoffe und damit auf die globalen Treibhausgasemissionen aus dieser Produktion auswirkt. Im Gegensatz zu diesen minimalen oder gar nicht vorhandenen Vorteilen werden solche Gesetze wahrscheinlich die Verbraucherpreise für fossile Brennstoffe in den USA erhöhen, die Produktion und die Beschäftigung in der US-Industrie für fossile Brennstoffe verringern und die Abhängigkeit der USA von der ausländischen Produktion fossiler Brennstoffe erhöhen. Sie werden somit nur die letzte in einer Reihe törichter US-Politik sein, deren enorme Kosten und minimaler Nutzen durch den Ruf nach einem „Krieg“ gegen den Klimawandel politisch gerechtfertigt werden.

Jason Scott Johnston is Blaine T. Phillips Distinguished Professor of Environmental Law, Nicholas E. Chimicles Research Professor of Business Law and Regulation, University of Virginia Law School.

This article was originally published by RealClearEnergy and made available via RealClearWire.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/05/15/liability-for-climate-change-an-inequitable-economic-disaster/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE